Gesetz
über die bernischen Landeskirchen * (Kirchengesetz, KG)

vom 06.05.1945 (Stand 01.01.2014)

Der Grosse Rat des Kantons Bern,

auf Antrag des Regierungsrates, *****

beschliesst:

1 Erster Abschnitt

1.1 Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 *Die Landeskirchen*

[1] Die evangelisch-reformierte, die römisch-katholische und die christkatholische Kirche sind die vom Kanton anerkannten Landeskirchen. *****

[2] Jede Landeskirche besteht aus der Gesamtheit der ihr angehörenden Kirchgemeinden.

Art. 2 *Rechtspersönlichkeit und Stellung*

[1] Die Landeskirchen und ihre vom Kanton anerkannten Kirchgemeinden sowie die Gesamtkirchgemeinden (Art. 12) sind juristische Personen des öffentlichen Rechts. *****

[2] Sie unterstehen in ihren Rechten und Pflichten den in der Kantonsverfassung[1)], , in diesem Gesetz und in den dazugehörenden Ausführungsvorschriften niedergelegten Bestimmungen. *****

[3] Rechtspersönlichkeit können zudem die kirchlichen Bezirke erlangen (Art. 62). *****

Art. 3 *Aufgaben*

[1] Die Landeskirchen ordnen im Rahmen dieser Bestimmungen ihre innern Angelegenheiten und ihre Vermögensverwaltung selbständig.

[1)] BSG 101.1

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

1945 d 81 | f 93

[2] Alles, was sich auf die Wortverkündigung, die Lehre, die Seelsorge, den Kultus sowie die religiöse Aufgabe der Landeskirchen, des Pfarramtes und der Kirchgemeinden, die Diakonie und die Mission bezieht, gehört zu den innern kirchlichen Angelegenheiten. *****

[3] … *****

Art. 3a * *Antragsrecht der Landeskirchen*

[1] In allen äusseren Kirchenangelegenheiten kommt den nach dem Gesetz dafür eingesetzten Organen der Landeskirchen das Vorberatungs- und Antragsrecht zu.

[2] Vor der Anordnung eines Zusammenschlusses von Kirchgemeinden gemäss Artikel 108 Absatz 3 der Kantonsverfassung ist das zuständige Organ der betreffenden Landeskirche anzuhören.

Art. 4–5 * …

Art. 6 *Zugehörigkeit zu den Landeskirchen*

[1] Die Zugehörigkeit zu einer Landeskirche richtet sich nach deren kirchlichen Ordnung, soweit diese nicht mit Bestimmungen staatlicher Gesetze unvereinbar ist.

[2] Niemand darf gleichzeitig mehreren Landeskirchen angehören.

[3] Über die Fälle, in denen die Zugehörigkeit zu einer Landeskirche streitig ist, entscheidet die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion nachdem sie die Organe der beteiligten Landeskirchen angehört hat. *****

[4] Die Einwohnergemeinden und gemischten Gemeinden melden den Kirchgemeinden in der Regel monatlich die Personendaten, welche diese zur Führung und Bereinigung ihrer Mitgliederverzeichnisse benötigen. Der Regierungsrat setzt die Entschädigung fest. *****

Art. 7 *Austritt aus einer Landeskirche*

[1] Wer einer Landeskirche angehört, kann jederzeit durch schriftliche Erklärung an den Kirchgemeinderat austreten. *****

[2] Der Austritt bezieht sich auf die betreffende Landeskirche als solche und ist für deren ganzen Bereich gültig. Ein Austritt aus einer einzelnen Kirchgemeinde ist nicht möglich. *****

[3] … *****

1.2 Die Kirchgemeinden

Art. 8 *Umschreibung und Bildung der Kirchgemeinden*

[1] Die gegenwärtige Einteilung des Kantonsgebietes in Kirchgemeinden der drei Landeskirchen wird beibehalten. *****

[2] Die Bildung neuer, die Veränderung in der Umschreibung bestehender Kirchgemeinden sowie der Zusammenschluss von Kirchgemeinden richten sich nach den Bestimmungen der Gemeindegesetzgebung. *****

[3] Änderungen in der Umschreibung von Kirchgemeinden im Gebiet von Gesamtkirchgemeinden unterliegen der Genehmigung durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung. *****

Art. 9 *Zugehörigkeit zu einer Kirchgemeinde*

[1] Die Kirchgemeinde besteht aus allen Einwohnern, welche nach Massgabe dieses Gesetzes der betreffenden Landeskirche angehören.

Art. 10 *Organisation*

[1] Die Kirchgemeinden haben sich auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen zu organisieren.

[2] Ihre Organisations- und Verwaltungsreglemente unterliegen der Genehmigung des Amtes für Gemeinden und Raumordnung. *****

Art. 11 * *Vorbehalt der Gesetzgebung über die Gemeinden, die Verwaltungsrechtspflege und die politischen Rechte* *****

[1] Soweit dieses Gesetz keine Regelung enthält, finden für die Kirchgemeinden und Gesamtkirchgemeinden die Gemeindegesetzgebung und das Verwaltungsrechtspflegegesetz Anwendung.

[2] Über die in kirchlichen Angelegenheiten Stimmberechtigten wird in jeder Kirchgemeinde ein Register geführt. Die Vorschriften der Gesetzgebung über die politischen Rechte zum Stimmregister gelten sinngemäss. Die Angehörigen der entsprechenden Landeskirche haben Einsicht in das Stimmregister.

Art. 12 * *Gesamtkirchgemeinden*

[1] Mehrere Kirchgemeinden der nämlichen Landeskirche können sich mit Genehmigung des Amtes für Gemeinden und Raumordnung zur Verwaltung ihrer gemeinsamen Angelegenheiten, wie insbesondere zur Vermögensverwaltung und zur Erhebung der Kirchensteuern, zu einer Gesamtkirchgemeinde zusammenschliessen.

[2] Die Organe der Gesamtkirchgemeinde und ihre Befugnisse werden durch ein Reglement bestimmt, das der Genehmigung durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung unterliegt.

Art. 13 * *Unterabteilungen*

[1] Grössere Kirchgemeinden können mit Genehmigung des Amtes für Gemeinden und Raumordnung insbesondere da, wo Filialkirchen bestehen, zum Zwecke der Verwaltung ihrer besondern kirchlichen Bedürfnisse Unterabteilungen bilden.

[2] Für diese Unterabteilungen können besondere Verwaltungsorgane (Kommissionen) gebildet werden. Ihre Kompetenzen werden durch ein Reglement bestimmt, das der Genehmigung durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung unterliegt.

Art. 14 *Organe der Kirchgemeinden*

[1] Die ordentlichen Organe der Kirchgemeinden sind die Kirchgemeindeversammlung und der Kirchgemeinderat.

Art. 15 * *Stimmrecht*

[1] Die Landeskirchen ordnen in ihren Verfassungen das Stimmrecht ihrer Mitglieder in ihren eigenen sowie in den Angelegenheiten ihrer Kirchgemeinden.

Art. 16 * *Wählbarkeit*

[1] Die Landeskirchen regeln die Wählbarkeit der Mitglieder von Behörden und Kommissionen ihrer Kirchgemeinden. *****

Art. 17 *Kirchliche Obliegenheiten und Befugnisse der Kirchgemeinden*

[1] Neben den ihnen durch das Kirchengesetz, das Gemeindegesetz und das Kirchgemeindereglement zugewiesenen Aufgaben kommen der Kirchgemeindeversammlung und dem Kirchgemeinderat als innere kirchliche Angelegenheiten diejenigen Obliegenheiten und Befugnisse zu, welche ihnen insbesondere zur Wahrung und Förderung des kirchlichen und sittlichen Lebens durch die kirchlichen Ordnungen der betreffenden Landeskirche und durch die gestützt hierauf erlassenen Verfügungen ihrer Organe übertragen werden.

[2] Sie haben diese Aufgaben mit der gleichen Sorgfalt zu erfüllen wie ihre gesetzlichen Obliegenheiten und unterstehen hiefür auch der gleichen Verantwortlichkeit.

Art. 18 *Verfügung über Kirchengebäude*

[1] Über die Verwendung der Kirchengebäude zu andern als zu Zwecken der Landeskirche entscheidet der Kirchgemeinderat. Er hat dafür Sorge zu tragen, dass die Würde gewahrt wird, die beim Gebrauch kirchlicher Räume auch ausserhalb des Gottesdienstes zu beobachten ist, und holt gegebenenfalls die Weisungen der kirchlichen Oberbehörde ein.

[2] Die Bestimmungen von Ausscheidungsverträgen und andern rechtsgültigen Vereinbarungen bleiben vorbehalten.

Art. 19 *Errichtung von Pfarrstellen*

[1] Der Grosse Rat legt die Zahl der vom Kanton besoldeten Pfarrstellen pro Landeskirche für Kirchgemeinden und Spezialpfarrämter durch Beschluss fest. Die bewilligten Pfarrstellen ergeben die Summe der bewirtschaftbaren Stellenprozente. *****

[2] Die Kirchgemeinden sind befugt, zu ihren Lasten weitere Pfarrstellen zu errichten. Die zuständigen kirchlichen Organe können nähere Bestimmungen erlassen. *****

[3] Der Regierungsrat kann einer Kirchgemeinde die Errichtung von Hilfsgeistlichenstellen bewilligen.

[4] Nach Anhörung der beteiligten Kirchgemeinden können durch Beschluss des Regierungsrates in kleinen Kirchgemeinden die Obliegenheiten des Geistlichen dem Pfarrer einer Nachbargemeinde oder einem Pfarrverweser übertragen werden.

[5] Die Beschlussfassung in den in Absatz 2–4 genannten Fällen erfolgt nach Anhörung der kirchlichen Oberbehörde.

Art. 19a * *Bewirtschaftung von Pfarrstellen*

[1] Die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion bewirtschaftet die Pfarrstellen im Einvernehmen mit den kirchlichen Oberbehörden. Für die Zuerkennung von Pfarrstellen können mehrere Kirchgemeinden zusammengefasst werden. Der Regierungsrat regelt das Nähere durch Verordnung, insbesondere die Grundsätze, die bei einem allfälligen Stellenabbau zu beachten sind. Dabei berücksichtigt er in angemessener Weise die Situation der beiden Kantonssprachen. *****

[2] Grundsätzlich besteht für jede Kirchgemeinde mindestens eine volle Pfarrstelle. Abweichungen sind zulässig, wenn dies durch die Bevölkerungszahl, die räumlichen Verhältnisse oder durch die betreuungsmässige Struktur gerechtfertigt ist.

[3] Die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion kann die Bewirtschaftung durch Veränderung des Beschäftigungsgrades der Geistlichen oder durch Zuweisung zusätzlicher Aufgaben sicherstellen. *****

[4] Sie hört insbesondere die beteiligten Kirchgemeinden an. *****

1.3 Die Geistlichen

Art. 20 *Ausbildung der Geistlichen*

[1] Der Kanton sorgt für die universitäre Ausbildung der Geistlichen der evangelisch-reformierten und der christkatholischen Landeskirche. *****

[2] … *****

[3] Die Geistlichen der römisch-katholischen Landeskirche können an den Bildungsanstalten des Bistums Basel ausgebildet werden. *****

[4] Zusätzlich zur universitären Ausbildung haben die angehenden Geistlichen praktische Ausbildungsteile zu bestehen, die mit einer Prüfung abgeschlossen werden. *****

Art. 21 * *Prüfungskommissionen* *****

[1] Der Regierungsrat setzt für jede der drei Landeskirchen eine Prüfungskommission ein, welche

a die Abschlussprüfungen durchführt und begutachtet,
b über die Gleichwertigkeit von nicht an der Universität Bern erworbenen Ausweisen entscheidet,
c die Ausbildungsteile und Prüfungen festlegt, die zusätzlich absolviert bzw. bestanden werden müssen, um die Gleichwertigkeit bestandener Ausbildungsteile und Abschlüsse mit dem praktischen Ausbildungsteil und der Abschlussprüfung gemäss Buchstabe a zu erreichen.

Art. 22 * *Verordnung* *****

[1] Der Regierungsrat regelt durch Verordnung

a die Zusammensetzung der Prüfungskommissionen und die Ernennung ihrer Mitglieder,
b die Abschlussprüfungen,
c die Anrechnung von Ausbildungen und Abschlüssen an andern Bildungsanstalten,
d die Festlegung zusätzlicher Ausbildungsteile und Prüfungen zum Erreichen der Gleichwertigkeit mit der Abschlussprüfung gemäss Artikel 21 Buchstabe a,

e die Gebühren.

Art. 23 *Aufnahme in den Kirchendienst*

[1] Die Aufnahme in den bernischen Kirchendienst geschieht auf das empfehlende Gutachten der Prüfungskommission und der kirchlichen Oberbehörde durch die zuständige Stelle der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion. *****

[2] Vorbehalten bleiben die mit andern Kantonen oder Kirchen getroffenen Vereinbarungen. *****

Art. 24 * *Erfordernisse*

[1] Zur Aufnahme in den bernischen Kirchendienst hat sich der Bewerber auszuweisen

1. über Handlungsfähigkeit und guten Leumund,
2. über eine bestandene, anerkannte Abschlussprüfung,
3. ***** …
4. über die Ordination oder unbefristete missio canonica durch die jeweilige kirchliche Oberbehörde.

Art. 25 * *…*

Art. 26 * *Voraussetzung zur Anstellung* *****

[1] Die Aufnahme in den bernischen Kirchendienst ist die Voraussetzung zur Anstellung an eine vom Kanton entlöhnte Pfarrstelle. *****

Art. 27–28 * *…*

Art. 29 * *Streichung aus dem Kirchendienst*

[1] Die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion kann auf begründeten Antrag der kirchlichen Oberbehörde die Streichung aus dem bernischen Kirchendienst verfügen, wenn einer Inhaberin oder einem Inhaber einer Pfarrstelle gestützt auf Artikel 25 oder 26 des Personalgesetzes vom 16. September 2004 (PG)[2)] gekündigt worden ist oder die Voraussetzungen gemäss Artikel 24 Ziffer 4 nicht mehr erfüllt sind.

[2)] BSG 153.01

Art. 30 *Rechtliche Grundlagen für das Arbeitsverhältnis der Geistlichen* *****

[1] Für das Arbeitsverhältnis der Inhaberinnen und Inhaber von Pfarrstellen und Hilfspfarrstellen finden die Bestimmungen der Personalgesetzgebung vorbehältlich der kirchlichen Ordnung und der Bestimmungen dieses Gesetzes Anwendung. *****

[2] Der Regierungsrat regelt durch Verordnung die Gewährung von Studienurlauben für Geistliche und Hilfsgeistliche sowie deren Beteiligung an den daraus entstehenden Stellvertretungskosten in ihren Kirchgemeinden. *****

[3] Die zuständigen kirchlichen Organe erlassen Richtlinien über die Arbeitszeit und die Freizeit nach Massgabe der Personalgesetzgebung. *****

[4] Der Regierungsrat kann die Entschädigungen für Leitungsaufgaben durch Verordnung regeln. *****

Art. 30a *

[1] Für die Evangelisch-reformierte Landeskirche finden alle Bestimmungen dieses Gesetzes sowie anderer gesetzlicher Erlasse, die Bezeichnungen wie Geistlicher, Pfarrer, Vikar, Hilfsgeistlicher, Verweser, Inhaber, Bewerber, Regionalpfarrer enthalten, auf Pfarrerinnen sinngemäss Anwendung. *****

1.4 Begründung und Beendigung des Arbeitsverhältnisses von Inhaberinnen und Inhabern von Pfarr- und Hilfspfarrstellen *****

Art. 31 * *Anstellung der Geistlichen der Kirchgemeinden* *****

[1] Der Kirchgemeinderat stellt die vom Kanton entlöhnten Inhaberinnen und Inhaber von Pfarrstellen sowie Hilfspfarrstellen der Kirchgemeinde mit unbefristetem Vertrag nach Massgabe der Personalgesetzgebung an. Absatz 2 bleibt vorbehalten.

[2] Bei Inhaberinnen und Inhabern von Pfarrstellen hat die Kirchgemeindeversammlung einer Anstellung vor Abschluss des Arbeitsvertrages zuzustimmen. Die Kirchgemeinden können in ihren Organisationsreglementen festlegen, dass Anstellungen ohne Zustimmung der Kirchgemeindeversammlung erfolgen.

[3] Die zuständige Stelle der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion kann eine Anstellung ablehnen, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen dazu nicht erfüllt sind oder begründete Einwände vorliegen.

[4] Die kirchliche Oberbehörde kann für Inhaberinnen und Inhaber von Pfarrstellen Mindestpensen festlegen.

Art. 32 *Anstellung an Regional- und Spezialpfarrämter und Verweserstellen* *****

[1] Die zuständige Stelle der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion stellt Inhaberinnen und Inhaber von regionalen Stellen, Spezialpfarrstellen und Verweserstellen auf Antrag des zuständigen Organs an. *****

[2] Zuständiges Organ für den Antrag auf Anstellung von Inhaberinnen und Inhabern von regionalen Stellen oder Spezialpfarrstellen ist die kirchliche Oberbehörde. Das zuständige Organ für den Antrag auf Anstellung von Verweserinnen und Verwesern wird durch Verordnung des Regierungsrates bestimmt. *****

[3–5] … *****

Art. 33 * *Probezeit* *****

[1] Der Regierungsrat regelt durch Verordnung, unter welchen Voraussetzungen auf eine Probezeit verzichtet werden kann.

Art. 33a * *Rücktritt bei Erreichen der Altersgrenze* *****

[1] Die vom Staat besoldeten Geistlichen gemäss Artikel 31–33 treten auf Ende des Monats, in dem sie das 65. Altersjahr vollenden, zurück.

[2] Erfordern es die Verhältnisse, können zurückgetretene Geistliche als Verweser gewählt werden, längstens jedoch bis zum Ende des Monats, in dem sie das 70. Altersjahr vollenden. In besonderen Fällen kann die zuständige Stelle der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion das Überschreiten dieser Altersgrenze ausnahmsweise gestatten. *****

[3] … *****

Art. 34 * *Kündigung des Arbeitsverhältnisses* *****

[1] Kündigungsbehörde ist der Kirchgemeinderat.

[2] Bevor der Kirchgemeinderat einer Inhaberin oder einem Inhaber einer Pfarrstelle oder Hilfspfarrstelle kündigt, hat er die kirchliche Oberbehörde zur Mitwirkung beizuziehen.

Art. 34a * *Genehmigung der Kündigung durch die Kirchgemeindeversammlung*

[1] Erfolgt die Kündigung eines durch Genehmigung der Kirchgemeindeversammlung begründeten Anstellungsverhältnisses, hat der Kirchgemeinderat auf Antrag der von der Kündigung betroffenen Person vor der Eröffnung der Verfügung die Zustimmung der Kirchgemeindeversammlung einzuholen. Das Mitwirkungsrecht der Kirchgemeindeversammlung entfällt bei Stellenaufhebung durch den Kanton.

[2] Frühestens vier Jahre nach Dienstantritt einer durch Genehmigung der Kirchgemeindeversammlung angestellten Person kann beim Kirchgemeinderat das Begehren gestellt werden, an der Kirchgemeindeversammlung über deren Entlassung zu befinden. Das Begehren muss von mindestens fünf Prozent der stimmberechtigten Mitglieder der Kirchgemeinde, jedoch von mindestens zehn Stimmberechtigten, unterzeichnet sein.

[3] Der Kirchgemeinderat hat ein Begehren gemäss Absatz 2 innerhalb von sechs Monaten nach dessen Erhalt der Kirchgemeindeversammlung zu unterbreiten.

Art. 35 * *Unverschuldete Entlassung* *****

[1] Bei Entlassungen obliegt die Verschuldensfeststellung gemäss Artikel 34 und 35 PG der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion nach Anhörung der kirchlichen Oberbehörde, im Einvernehmen mit der Finanzdirektion.

[2] Erwachsen Ansprüche infolge unverschuldeter Entlassung, erstattet die Kirchgemeinde dem Kanton die gemäss Artikel 32 PG ausgerichtete Abgangsentschädigung oder den von ihm gemäss Artikel 36 PG geleisteten Ersatz der Mehrleistungen der Bernischen Pensionskasse ganz oder teilweise zurück. Der Regierungsrat verfügt den durch die Kirchgemeinde dem Kanton zu erstattenden Anteil.

[3] Eine Rückzahlung durch die Kirchgemeinde gemäss Absatz 2 entfällt, wenn die unverschuldete Entlassung auf einen Stellenabbau durch den Kanton zurückzuführen ist.

Art. 36–52 * *…*

Art. 53 * *Rechtspflege* *****

[1] Die Rechtspflege richtet sich nach dem Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG[3)]).

[3)] BSG 155.21

*1.5 Finanzordnung **

Art. 54 * *Besoldung der Geistlichen **

[1] Die Geistlichen an den vom Kanton errichteten Pfarrstellen werden nach gleichen Grundsätzen vom Kanton besoldet.

[2] Der Kanton wahrt dabei insbesondere wohlerworbene Rechte aufgrund historischer Rechtstitel.

[3] Jegliche Zuschläge mit Gehaltscharakter seitens anderer Körperschaften sind ausgeschlossen.

Art. 54a * *Dienstwohnung der Geistlichen*

[1] Jede Kirchgemeinde stellt innerhalb des Gemeindegebietes für mindestens eine Inhaberin oder einen Inhaber einer Pfarrstelle eine Dienstwohnung (Wohn- und Amtsräume im gleichen Gebäude) gegen eine entsprechende Entschädigung zur Verfügung. Wo mehrere Kirchgemeinden die pfarramtliche Versorgung gemeinsam und koordiniert organisieren, kann die zuständige Stelle der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion auf Antrag der kirchlichen Oberbehörde die Verpflichtung, eine Dienstwohnung zur Verfügung zu stellen, auf eine Pfarrstelle der Region beschränken.

[2] Ist der Kanton Eigentümer des Pfarrhauses, übernimmt er die Verpflichtungen der Kirchgemeinde gemäss Absatz 1.

[3] Die Inhaberinnen und Inhaber von Pfarrstellen sind verpflichtet, die ihnen von der Kirchgemeinde oder dem Kanton zur Verfügung gestellte Dienstwohnung während der Dauer ihrer Anstellung zu bewohnen. Ausnahmen können von der zuständigen Stelle der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion nach Anhörung der Kirchgemeinde aus wichtigen Gründen bewilligt werden. Wo der Kanton eine Dienstwohnung zur Verfügung stellt, erlischt nach erteilter Ausnahmebewilligung dessen Verpflichtung gemäss Absatz 2.

[4] Die Entschädigung für die Dienstwohnung wird nach den Bestimmungen der Personalgesetzgebung festgesetzt, der Inhaberin oder dem Inhaber der Pfarrstelle direkt vom Gehalt in Abzug gebracht und der Kirchgemeinde oder dem Kanton vergütet. Wo der Kanton die Dienstwohnung zur Verfügung stellt, stellt er der Kirchgemeinde für die Benutzung der Amtsräume Rechnung.

[5] Für Inhaberinnen und Inhaber von Pfarrstellen ohne Dienstwohnungspflicht stellt die Kirchgemeinde die erforderlichen Amtsräume innerhalb des Gemeindegebietes zur Verfügung.

[6] Werden die Bestimmungen von Absatz 1 bis 5 nicht erfüllt, kann die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion den Anspruch der betroffenen Kirchgemeinde auf Pfarrstellenprozente reduzieren.

Art. 55 * *Leistungen von Korporationen*

[1] Naturalleistungen oder entsprechende Barentschädigungen von Kirchgemeinden und andern Korporationen, welche auf einem besonderen Rechtstitel (Stiftung, Dienstbarkeit, Ausscheidungsvertrag, Pfrundabtretungsvertrag und dergleichen) beruhen, bleiben vorbehalten. Über Anstände hinsichtlich der Erfüllung der auf solchen Rechtstiteln beruhenden Verpflichtungen entscheidet, nach Anhörung der kirchlichen Oberbehörde, die nach dem Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege[4)] zuständige Behörde.

Art. 56 * *…*

Art. 57 * *Kirchensteuern*

[1] Die Kirchgemeinden sind berechtigt, nach Massgabe eines besonderen Gesetzes Kirchensteuern zu erheben.

[2] Die Kirchensteuer ist im Rahmen des kirchlichen Auftrages für die gesetzlichen Aufgaben der Kirchgemeinden und der betreffenden Landeskirchen sowie für Aufgaben zu verwenden, die nicht ausschliesslich dem Bund, dem Kanton oder den Gemeinden vorbehalten sind.

Art. 58 * *Abgeltungen*

[1] Abgeltungen der Gemeinden für die Benützung von Eigentum der Kirchgemeinde wie kirchliche Gebäude, Orgeln, Glocken, Kirchenuhren, Kirchgemeindehäuser und dergleichen sind im Rahmen besonderer Vereinbarungen zu regeln. Kommt keine Verständigung über solche Abgeltungen zustande, verfügt der Regierungsstatthalter des Verwaltungskreises, dem die Kirchgemeinde angehört. *****

Art. 59 *Gemeindebeiträge an die Landeskirchen* *****

[1] Die Beiträge der Kirchgemeinden an die Landeskirchen sind nach der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kirchgemeinden zu bemessen. Die Festsetzung und der Bezug dieser Beiträge sind Sache der Landeskirchen. *****

[2] Streitigkeiten zwischen den Organen der Landeskirche und einer Kirchgemeinde über die Höhe der Leistungspflicht entscheidet das Verwaltungsgericht. *****

[4)] BSG 155.21

[3] Der Grosse Rat kann auf Begehren einer Landeskirche durch Dekret den Finanzausgleich unter deren Kirchgemeinden einführen. *****

Art. 59a * *Staatsbeiträge*

[1] Der Kanton kann die Erfüllung für ihn besonders wichtiger Aufgaben der Landeskirchen mit Beiträgen unterstützen.

2 Zweiter Abschnitt

2.1 Besondere Bestimmungen

2.1.1 Die evangelisch-reformierte Landeskirche

Art. 60 *Zugehörigkeit*

[1] Die evangelisch-reformierte Landeskirche bekennt sich nach ihrer kirchlichen Ordnung zum Evangelium Jesu Christi gemäss den Grundsätzen der Reformation. Sie ist ein Glied der allgemeinen christlichen Kirche und gehört mit den übrigen evangelischen Kirchen zum Schweizerischen evangelischen Kirchenbund.

[2] Angehörige der evangelisch-reformierten Landeskirche sind alle Einwohner des Kantons Bern evangelischer Konfession, welche die in der kirchlichen Ordnung aufgestellten kirchlichen Erfordernisse erfüllen. Dabei ist die Freiheit der Lehrmeinung auf reformierter Grundlage zu wahren.

[3] Vorbehalten bleiben die Bestimmungen von Artikel 6.

Art. 61 *Kirchengebiet*

[1] Das Kirchengebiet der evangelisch-reformierten Landeskirche umfasst die zu ihr gehörenden Kirchgemeinden des Kantons Bern sowie die solothurnischen reformierten Pfarrgemeinden nach den Bestimmungen der Übereinkunft vom 23. Dezember 1958 zwischen den Ständen Bern und Solothurn[5)] und seitherigen Ergänzungen. *****

[2] Für die kirchlichen Verhältnisse der gemischten Kirchgemeinden Ferenbalm, Kerzers und Murten wird die Übereinkunft vom 22. Januar/6. Februar 1889 mit dem Stande Freiburg[6)] vorbehalten.

---

5) BSG 411.232.12
6) BSG 411.231.91

[3] Die evangelisch-reformierte Landeskirche kann mit Kirchen anderer Kantone einen Synodalverband bilden. Der Synodalverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, sofern nicht eine abweichende Regelung getroffen wird. *****

Art. 62 *Kirchliche Bezirke*

[1] Das Kirchengebiet wird in kirchliche Bezirke gegliedert. Für jeden solchen Bezirk besteht eine Bezirkssynode.

[2] Das Gebiet eines Synodalverbandes gemäss Artikel 61 Absatz 3 wird ohne Rücksicht auf das Gebiet der Landeskirche in Bezirke eingeteilt. Diese können mit jenen der Landeskirche zusammenfallen. *****

[3] Rechtspersönlichkeit erlangt der Bezirk durch Beschluss einer Mehrheit der Kirchgemeinden, wenn diese gleichzeitig die Mehrheit der Kirchenmitglieder des Bezirks umfassen (Art. 2 Abs. 3). *****

[4] Die kantonale Kirchensynode erlässt die nähern Bestimmungen über die Umschreibung der kirchlichen Bezirke sowie über die Zusammensetzung und den Tätigkeitsbereich der Bezirkssynoden.

[5] Der kirchliche Bezirk mit Rechtspersönlichkeit legt die von ihm zu erfüllenden Aufgaben im Organisationsreglement fest. Aufgaben, die über die von der Kirchensynode festgelegten hinausgehen (Abs. 4), bedürfen der Zustimmung der Mehrheit aller Kirchgemeinden. *****

Art. 63 * *Kirchensynode*

[1] Oberste Vertretung der evangelisch-reformierten Landeskirche ist die kantonale Kirchensynode. Sie wird jeweils auf eine Amtsdauer von vier Jahren durch die in kirchlichen Angelegenheiten Stimmberechtigten gewählt.

[2] Wählbar in die Kirchensynode sind alle in kirchlichen Angelegenheiten Stimmberechtigten. *****

[3] Können bei einer Erneuerungswahl nicht alle Sitze besetzt werden oder scheiden Mitglieder der Kirchensynode während der Amtsdauer aus, kann das zuständige Organ der Landeskirche eine Nach- oder Ersatzwahl vornehmen. Die Kirchensynode bezeichnet das zuständige Organ und regelt das Verfahren. *****

Art. 64 * *Wahlkreise, Wahlverfahren*

[1] Die kirchlichen Bezirke gemäss Artikel 62 Absatz 1 gelten als Wahlkreise für die Wahl der Abgeordneten in die Kirchensynode; vorbehalten bleiben die Bestimmungen der Übereinkunft vom 23. Dezember 1958 zwischen den Ständen Bern und Solothurn[7)] mit den seitherigen Ergänzungen.

[2] Das Wahlverfahren wird durch Dekret des Grossen Rates geordnet. Die Synode entscheidet kantonal letztinstanzlich über Beschwerden gegen die Wahl von Abgeordneten. *****

Art. 65 * *Synodalrat*

[1] Oberste Vollzugs-, Aufsichts- und Verwaltungsbehörde der evangelisch-reformierten Landeskirche ist der Synodalrat. *****

[2] Seine Mitglieder sind von der kantonalen Kirchensynode frei aus der Zahl der in kirchlichen Angelegenheiten Stimmberechtigten zu wählen. Sie können nicht zugleich Mitglieder der Kirchensynode sein, haben darin aber beratende Stimme. *****

[3] Wo in gesetzlichen Erlassen von der kirchlichen Oberbehörde die Rede ist, ist dies für die evangelisch-reformierte Kirche der Synodalrat.

Art. 66 *Zuständigkeit*

[1] Die Zuständigkeit der kantonalen Kirchensynode und des Synodalrates erstreckt sich auf folgende Gebiete:

1. Ordnung aller innern Angelegenheiten der evangelisch-reformierten Landeskirche.

2. Antragstellung und Vorberatung in äussern Kirchenangelegenheiten. Dieses Recht wird ausgeübt:
   - *a* von der Kirchensynode, wenn es sich um den Erlass oder die Abänderung allgemein verbindlicher staatlicher Erlasse auf kirchlichem Gebiet handelt;
   - *b* vom Synodalrat in allen andern, namentlich in allen Verwaltungsangelegenheiten.

---

7) BSG 411.232.12

Art. 67 *Kirchenverfassung und Volksrechte*

[1] Die kantonale Kirchensynode erlässt auf Grund der kantonalen Gesetzgebung und zur Ordnung der innern kirchlichen Angelegenheiten eine Kirchenverfassung sowie die dazu gehörenden Ausführungsverordnungen. Den Kirchgemeinden ist die Möglichkeit zu geben, auf begründetes Gesuch hin von der Einhaltung von Erlassen der kantonalen Kirchensynode oder des Synodalrates entbunden zu werden. Die Kirchenverfassung und ihre Abänderungen sind der Abstimmung der kirchlich Stimmberechtigten der evangelisch-reformierten Landeskirche zu unterbreiten.

[2] Erlasse und Beschlüsse der Kirchensynode, welche die innern Angelegenheiten der Landeskirche betreffen und die nicht nach den Bestimmungen der Kirchenverfassung selber in die endgültige Zuständigkeit der Kirchensynode fallen, sind auf Begehren einer in der Kirchenverfassung festzusetzenden Zahl von kirchlich Stimmberechtigten oder Kirchgemeinden der Abstimmung der kirchlich Stimmberechtigten zu unterstellen (Referendum).

[3] Einer in der Kirchenverfassung festzusetzenden Anzahl von kirchlich Stimmberechtigten oder Kirchgemeinden steht das Recht zu, bei der Kirchensynode den Erlass, die Aufhebung oder Abänderung eines der innern Angelegenheiten der Kirche betreffenden Erlasses oder Beschlusses zu beantragen (Vorschlagsrecht). Solche Begehren können in der Form der einfachen Anregung oder des ausgearbeiteten Entwurfes gestellt werden.

[4] Das Verfahren über die Anwendung des Referendums, die Anordnung von Abstimmungen und die Ausübung des Vorschlagsrechtes wird durch die Kirchensynode geordnet.

2.1.2 Die römisch-katholische Landeskirche

Art. 68 *Zugehörigkeit*

[1] Angehörige der römisch-katholischen Landeskirche sind alle Einwohner des Kantons Bern, welche die für diese Kirche geltenden kirchlichen Erfordernisse erfüllen. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen von Artikel 6.

Art. 69 *Stellung zum Bistum Basel*

[1] Der römisch-katholische Teil der Bevölkerung des Kantons Bern ist dem Bistum Basel zugeteilt.

[2] Die daherigen Verhältnisse werden geordnet durch die Übereinkunft vom 26. März 1828 wegen der Herstellung und neuen Umschreibung des Bistums Basel[8)] diejenige der hohen Stände Luzern, Bern, Solothurn und Zug vom 28. März/24. April/2. Mai 1828 für die Organisation des Bistums Basel[9)] die Übereinkunft vom 11./12. Juni 1864/28. Juli 1865 betreffend die Einverleibung des alten Kantonsteils Bern in das Bistum Basel[10)] sowie alle seither ergangenen, in Kraft stehenden Beschlüsse der Diözesankonferenz des Bistums Basel, soweit ihnen der Kanton Bern zugestimmt hat.

[3] Die Vertretung des Staates in der Diözesankonferenz des Bistums Basel wird durch den Regierungsrat geordnet.

Art. 70 * *Kirchensynode*

[1] Oberste Vertretung der römisch-katholischen Landeskirche ist die kantonale Synode. Sie wird jeweils auf eine Amtsdauer von vier Jahren von den gemäss Artikel 15 Stimmberechtigten gewählt.

[2] Wählbar in die Synode sind alle in kirchlichen Angelegenheiten Stimmberechtigten, die im Kirchengebiet der römisch-katholischen Landeskirche wohnhaft sind.

Art. 71 * *Kirchengebiet, Wahlverfahren*

[1] Das Wahlverfahren für die Abgeordneten in die Synode wird in der Kirchenverfassung umschrieben.

[2] Es richtet sich nach demokratischen Grundsätzen.

Art. 71a * *Synodalrat; kirchliche Oberbehörde*

[1] Oberste Vollzugs-, Aufsichts- und Verwaltungsbehörde der römisch-katholischen Landeskirche ist der Synodalrat.

[2] Wo in gesetzlichen Erlassen eine Mitwirkung der kirchlichen Oberbehörde vorgesehen ist, ist dies für die römisch-katholische Landeskirche der Bischof von Basel.

---

8) BSG 410.331
9) BSG 410.332
10) BSG 410.334

Art. 72 * *Kirchenverfassung und Volksrechte*

[1] Die kantonale Synode erlässt aufgrund der kantonalen Gesetzgebung und zur Ordnung der kirchlichen Angelegenheiten eine Kirchenverfassung sowie die dazugehörenden Ausführungsverordnungen (Art. 78 a bleibt vorbehalten). Die Kirchenverfassung sowie ihre Abänderungen sind der Abstimmung der kirchlich Stimmberechtigten zu unterbreiten.

[2] Erlasse und Beschlüsse der kantonalen Synode, welche die Angelegenheiten der römisch-katholischen Landeskirche betreffen, und die nicht nach den Bestimmungen der Kirchenverfassung selber in die endgültige Zuständigkeit der kantonalen Synode fallen, sind auf Begehren einer in der Kirchenverfassung festzusetzenden Zahl von kirchlich Stimmberechtigten oder Kirchgemeinden der Abstimmung der kirchlich Stimmberechtigten zu unterstellen (Referendum).

[3] Einer in der Kirchenverfassung festzusetzenden Zahl von kirchlich Stimmberechtigten oder Kirchgemeinden steht das Recht zu, bei der kantonalen Synode den Erlass, die Aufhebung oder Abänderung eines die Angelegenheiten der römisch-katholischen Landeskirche betreffenden Erlasses oder Beschlusses zu beantragen (Vorschlagsrecht). Solche Begehren können in der Form der einfachen Anregung oder des ausgearbeiteten Entwurfs gestellt werden.

[4] Das Verfahren über die Anwendung des Referendums, die Anordnung von Abstimmungen und die Ausübung des Vorschlagsrechtes werden durch die kantonale Synode geordnet.

Art. 72a * *Antrags- und Vorberatungsrecht*

[1] Die Kirchenverfassung bestimmt, wem das Antrags- und Vorberatungsrecht in römisch-katholischen Kirchensachen, soweit diese in den Bereich der Staatsbehörden fallen, zusteht. Dieses Recht kann von der kantonalen Synode oder vom Synodalrat ausgeübt werden.

2.1.3 Die christkatholische Landeskirche

Art. 73 * *Zugehörigkeit*

[1] Angehörige der christkatholischen Landeskirche sind alle Einwohner des Kantons Bern, welche die von dieser Landeskirche aufgestellten kirchlichen Erfordernisse erfüllen. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen von Artikel 6.

Art. 74 *Organisation*

[1] Die inneren Angelegenheiten der christkatholischen Kirche werden nach Massgabe ihrer Verfassung verwaltet.

Art. 75 *Christkatholische Kommission*

[1] Das Antrags- und Vorberatungsrecht in christkatholischen Kirchensachen, soweit diese in den Bereich der Staatsbehörden fallen, steht der christkatholischen Kommission zu.

[2] … *****

[3] Die Organisation der Kommission wird durch die Kirchenverfassung geordnet. *****

Art. 76 *Kirchliche Oberbehörde*

[1] Wo in gesetzlichen Erlassen eine Mitwirkung der kirchlichen Oberbehörde vorgesehen ist, ist dies für die christkatholische Landeskirche der Bischof der christkatholischen Kirche der Schweiz.

2.2 Schluss- und Übergangsbestimmungen

Art. 77 *Kirchendienst in Diasporagemeinden*

[1] Den in den bernischen Kirchendienst aufgenommenen Geistlichen wird der Dienst in ausserkantonalen Diasporagemeinden für die Festsetzung ihrer Besoldung in vollem Umfang angerechnet.

[2] … *****

Art. 78 * *Leibgeding an römisch-katholische Geistliche*

[1] Für römisch-katholische Geistliche, die das 60. Altersjahr überschritten und auf den Beitritt in die Versicherungskasse der bernischen Staatsverwaltung verzichtet haben, finden die Bestimmungen des Gesetzes vom 11. Juni 1922 betreffend die Pensionierung der Geistlichen[11)] weiterhin Anwendung.

Art. 78a * *Erste Verfassung der römisch-katholischen Landeskirche*

[1] Die erstmalige Ausarbeitung der Verfassung der römisch-katholischen Landeskirche sowie die Regelung der Abstimmung über deren Annahme ist Sache der bisherigen römisch-katholischen Kommission.

Art. 79 *Reglemente der Kirchgemeinden*

[1] Die Kirchgemeinden haben ihre Reglemente innert einer Frist von drei Jahren diesem Gesetz anzupassen und zur Genehmigung durch den Regierungsrat vorzulegen.

[11)] Überholt

Art. 79a * *Beendigung der Amtsdauer*

[1] Die im Zeitpunkt des Inkrafttretens von Artikel 33 a laufenden Amtsdauern können zu Ende geführt werden. Dabei treten jedoch die gemäss Artikel 32 Absatz 1 gewählten Geistlichen und die Hilfsgeistlichen spätestens am Ende des Jahres, in dem sie das 70. Altersjahr vollenden, zurück.

Art. 80 *Inkrafttreten des Gesetzes. Aufhebung von Erlassen*

[1] Dieses Gesetz tritt nach Annahme durch das Volk auf den 1. Januar 1946 in Kraft. Auf diesen Zeitpunkt werden aufgehoben:

1. das Gesetz vom 18. Januar 1874 über die Organisation des Kirchenwesens im Kanton Bern;
2. das Gesetz vom 3. November 1929 über die Pfarrwahlen und die Erweiterung des kirchlichen Frauenstimmrechtes;
3. alle mit dem neuen Gesetz im Widerspruch stehenden Erlasse und Vorschriften.

[2] Die evangelisch-reformierte Kirchensynode ist auf den Ablauf der gegenwärtigen Amtsdauer neu zu wählen.

[3] Der Regierungsrat erlässt die notwendigen Vollziehungsverordnungen.

T1 Übergangsbestimmungen der Änderung vom 12.09.1995 *

Art. T1-1 *

[1] Bis zum Inkrafttreten einer Regelung des Stimmrechts (Art. 15) durch die Landeskirchen sind in kirchlichen Angelegenheiten stimmberechtigt die seit drei Monaten in der Kirchgemeinde wohnhaften, in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigten Männer und Frauen, die der betreffenden Landeskirche angehören.

[2] Die bei Inkrafttreten dieser Änderung bestehenden Pfarrstellen gemäss Artikel 19 Absatz 1 werden durch Beschluss des Grossen Rates festgelegt.

[3]

a Die erste einheitliche Amtsperiode für alle Geistlichen, gemäss Artikel 32, beginnt am 1. Januar 2002.
b Wiederwahlen, die vor dem 1. Januar 2002 fällig werden, sind bis zum Beginn der ersten einheitlichen Amtsperiode zu befristen.

[4] Gemeindezulagen an Geistliche dürfen höchstens noch in dem Umfange gewährt werden, als das mit dem Inkrafttreten dieser Änderung bestehende Gehaltsmaximum der zustehenden Lohnklasse nicht überschritten wird, längstens jedoch bis zum 31. Dezember 2001.

[5] Kirchgemeinden, denen der Kanton innerhalb der letzten 20 Jahre Loskaufzahlungen für die Naturalienleistungspflicht geleistet hat, haben diese im Verhältnis der noch nicht abgelaufenen 20 Jahre zurückzuerstatten.

[6] Die Wahl der Abgeordneten in die römisch-katholische Kirchensynode richtet sich bis zum Erlass einer Regelung in der Kirchenverfassung (Art. 71), längstens aber bis zum 31. Dezember 2001, nach den Bestimmungen des Dekrets vom 31. August 1981 über die Wahl der Abgeordneten in die römisch-katholische Kirchensynode.

T2 Übergangsbestimmung der Änderung vom 05.04.2011 *

Art. T2-1 *

[1] Für Inhaberinnen und Inhaber von Pfarrstellen, welche bis zum 31. Dezember 2013 gewählt sind, entscheidet der Kirchgemeinderat bis zum 30. Juni 2013 über die Weiterführung der Anstellung ab 1. Januar 2014 gemäss den Bestimmungen dieses Gesetzes. Bei Weiterführung der Anstellung ist die Genehmigung durch die Kirchgemeindeversammlung nicht erforderlich. Sollte der Kirchgemeinderat das Arbeitsverhältnis nicht weiterführen wollen, hat er gemäss den Bestimmungen von Artikel 34 und 34a KG vorzugehen.

Bern, 24. Januar 1945

Im Namen des Grossen Rates
Der Präsident: Meyer
Der Staatsschreiber: Schneider

Änderungstabelle - nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
06.05.1945	01.01.1946	Erlass	Erstfassung	1945 d 81 | f 93
28.02.1965	01.04.1965	Art. 22	geändert	1965 d 45 | f 41
28.02.1965	01.04.1965	Art. 26	geändert	1965 d 45 | f 41
28.02.1965	01.04.1965	Art. 30a	eingefügt	1965 d 45 | f 41
29.09.1968	01.01.1969	Art. 56	geändert	1968 d 204 | f 195
29.09.1968	01.01.1969	Art. 58	geändert	1968 d 204 | f 195
07.06.1970	01.01.1971	Art. 23 Abs. 1	geändert	1970 d 207 | f 218
07.06.1970	01.01.1971	Art. 52	geändert	1970 d 207 | f 218
04.05.1976	01.10.1976	Art. 36	geändert	1976 d 95 | f 90
04.05.1976	01.10.1976	Art. 56	geändert	1976 d 95 | f 90
04.05.1976	01.10.1976	Art. 58	geändert	1976 d 95 | f 90
04.05.1976	01.10.1976	Art. 65	geändert	1976 d 95 | f 90
05.11.1980	01.05.1981	Art. 4	geändert	1980 d 243 | f 245
05.11.1980	01.05.1981	Art. 7 Abs. 2	geändert	1980 d 243 | f 245
05.11.1980	01.05.1981	Art. 15	geändert	1980 d 243 | f 245
05.11.1980	01.05.1981	Art. 16	geändert	1980 d 243 | f 245
05.11.1980	01.05.1981	Art. 20 Abs. 3	geändert	1980 d 243 | f 245
05.11.1980	01.05.1981	Art. 23 Abs. 2	eingefügt	1980 d 243 | f 245
05.11.1980	01.05.1981	Art. 61 Abs. 3	eingefügt	1980 d 243 | f 245
05.11.1980	01.05.1981	Art. 62 Abs. 2	eingefügt	1980 d 243 | f 245
05.11.1980	01.05.1981	Art. 65 Abs. 1	geändert	1980 d 243 | f 245
05.11.1980	01.05.1981	Art. 65 Abs. 2	geändert	1980 d 243 | f 245
05.11.1980	01.05.1981	Art. 70	geändert	1980 d 243 | f 245
05.11.1980	01.05.1981	Art. 71	geändert	1980 d 243 | f 245
05.11.1980	01.05.1981	Art. 71a	eingefügt	1980 d 243 | f 245
05.11.1980	01.05.1981	Art. 72	geändert	1980 d 243 | f 245
05.11.1980	01.05.1981	Art. 72a	eingefügt	1980 d 243 | f 245
05.11.1980	01.05.1981	Art. 78a	eingefügt	1980 d 243 | f 245
04.12.1983	01.09.1984	Art. 15	geändert	1983 d 323 | f 335
09.12.1985	01.07.1986	Art. 33a	eingefügt	1986 d 38 | f 42
09.12.1985	01.07.1986	Art. 79a	eingefügt	1986 d 38 | f 42
11.12.1985	01.07.1986	Art. 10 Abs. 2	geändert	1986 d 40 | f 44
11.12.1985	01.07.1986	Art. 27	geändert	1986 d 40 | f 44
11.12.1985	01.07.1986	Art. 29	geändert	1986 d 40 | f 44
11.12.1985	01.07.1986	Art. 30 Abs. 1	geändert	1986 d 40 | f 44
11.12.1985	01.07.1986	Art. 30a Abs. 1	geändert	1986 d 40 | f 44
11.12.1985	01.07.1986	Art. 54	geändert	1986 d 40 | f 44
11.12.1985	01.07.1986	Art. 61 Abs. 1	geändert	1986 d 40 | f 44
11.12.1985	01.07.1986	Art. 63	geändert	1986 d 40 | f 44
11.12.1985	01.07.1986	Art. 64	geändert	1986 d 40 | f 44
11.12.1985	01.07.1986	Art. 77 Abs. 2	aufgehoben	1986 d 40 | f 44
11.12.1985	01.07.1986	Art. 78	geändert	1986 d 40 | f 44

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
26.11.1989	01.01.1990	Art. 15	geändert	1989 d 449 | f 463
17.09.1992	15.12.1992	Art. 11	geändert	1992 d 332 | f 316
17.09.1992	15.12.1992	Art. 23 Abs. 1	geändert	1992 d 332 | f 316
17.09.1992	15.12.1992	Art. 52	geändert	1992 d 332 | f 316
17.09.1992	15.12.1992	Art. 55	geändert	1992 d 332 | f 316
23.06.1993	01.01.1994	Art. 8 Abs. 3	geändert	1993 d 425 | f 445
23.06.1993	01.01.1994	Art. 10 Abs. 2	geändert	1993 d 425 | f 445
23.06.1993	01.01.1994	Art. 12	geändert	1993 d 425 | f 445
23.06.1993	01.01.1994	Art. 13	geändert	1993 d 425 | f 445
23.06.1993	01.01.1994	Art. 33	geändert	1993 d 425 | f 445
23.06.1993	01.01.1994	Art. 34	geändert	1993 d 425 | f 445
23.06.1993	01.01.1994	Art. 42	geändert	1993 d 425 | f 445
23.06.1993	01.01.1994	Art. 50	geändert	1993 d 425 | f 445
23.06.1993	01.01.1994	Art. 52	geändert	1993 d 425 | f 445
23.06.1993	01.01.1994	Art. 53	geändert	1993 d 425 | f 445
10.11.1993	01.01.1994	Art. 6 Abs. 3	geändert	1993 d 696 | f 714
10.11.1993	01.01.1994	Art. 23 Abs. 1	geändert	1993 d 696 | f 714
12.09.1995	01.07.1996	Erlasstitel	geändert	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Ingress	geändert	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 1 Abs. 1	geändert	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 2 Abs. 1	geändert	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 2 Abs. 2	geändert	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 2 Abs. 3	eingefügt	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 3 Abs. 2	geändert	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 3 Abs. 3	aufgehoben	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 4	aufgehoben	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 5	aufgehoben	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 6 Abs. 4	eingefügt	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 7 Abs. 1	geändert	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 7 Abs. 3	aufgehoben	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 8 Abs. 1	geändert	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 15	geändert	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 19 Abs. 1	geändert	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 19 Abs. 2	geändert	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 19a	eingefügt	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 24	geändert	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 24 Abs. 1, 3.	aufgehoben	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 25	aufgehoben	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 27	aufgehoben	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 28	aufgehoben	96-26
12.09.1995	01.01.1997	Art. 29	geändert	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 30 Abs. 1	geändert	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 30 Abs. 2	aufgehoben	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 30 Abs. 3	eingefügt	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 31	geändert	96-26

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
12.09.1995	01.07.1996	Art. 32 Abs. 2	geändert	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 32 Abs. 3	aufgehoben	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 32 Abs. 4	eingefügt	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 32 Abs. 5	eingefügt	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 36	aufgehoben	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 37	aufgehoben	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 38	aufgehoben	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 39	aufgehoben	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 40	aufgehoben	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 41	aufgehoben	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 42	aufgehoben	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 43	aufgehoben	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 44	aufgehoben	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 45	aufgehoben	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 46	aufgehoben	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 47	aufgehoben	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 48	aufgehoben	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 49	aufgehoben	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 50	aufgehoben	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 51	geändert	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 52	aufgehoben	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 53	geändert	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Titel 1.5	geändert	96-26
12.09.1995	01.01.1997	Art. 54	Titel geändert	96-26
12.09.1995	01.01.1997	Art. 54	geändert	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 54a	eingefügt	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 56	geändert	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 57	geändert	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 58	geändert	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 59	Titel geändert	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 59 Abs. 1	geändert	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 59 Abs. 2	geändert	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 59 Abs. 3	eingefügt	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 59a	eingefügt	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 62 Abs. 3	eingefügt	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 62 Abs. 5	eingefügt	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 63 Abs. 2	geändert	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 63 Abs. 3	aufgehoben	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 71	geändert	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 73	geändert	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 75 Abs. 2	aufgehoben	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. 75 Abs. 3	geändert	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Titel T1	eingefügt	96-26
12.09.1995	01.07.1996	Art. T1-1	eingefügt	96-26
12.09.1996	01.07.1996	Art. 8 Abs. 2	geändert	96-26

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
19.04.2004	01.01.2005	Art. 54a	geändert	04-72
16.09.2004	01.07.2005	Art. 29	geändert	05-45
23.02.2005	01.01.2006	Art. 11	Titel geändert	05-107
23.02.2005	01.01.2006	Art. 11	geändert	05-107
23.02.2005	01.01.2006	Art. 19a Abs. 1	geändert	05-107
23.02.2005	01.01.2006	Art. 19a Abs. 3	geändert	05-107
23.02.2005	01.01.2006	Art. 19a Abs. 4	geändert	05-107
23.02.2005	01.01.2006	Art. 20 Abs. 1	geändert	05-107
23.02.2005	01.01.2006	Art. 20 Abs. 2	aufgehoben	05-107
23.02.2005	01.01.2006	Art. 20 Abs. 4	eingefügt	05-107
23.02.2005	01.01.2006	Art. 21	geändert	05-107
23.02.2005	01.01.2006	Art. 21	Titel geändert	05-107
23.02.2005	01.01.2006	Art. 22	Titel geändert	05-107
23.02.2005	01.01.2006	Art. 22	geändert	05-107
23.02.2005	01.01.2006	Art. 26 Abs. 1	geändert	05-107
23.02.2005	01.01.2006	Art. 30 Abs. 2	eingefügt	05-107
23.02.2005	01.01.2006	Art. 32	Titel geändert	05-107
23.02.2005	01.01.2006	Art. 32 Abs. 2	aufgehoben	05-107
23.02.2005	01.01.2006	Art. 56	aufgehoben	05-107
28.03.2006	01.01.2010	Art. 58 Abs. 1	geändert	08-134 | 09-90
10.04.2008	01.01.2009	Art. 33	geändert	08-109
10.04.2008	01.01.2009	Art. 53	Titel geändert	08-109
10.04.2008	01.01.2009	Art. 53	geändert	08-109
10.04.2008	01.01.2009	Art. 64 Abs. 2	geändert	08-109
29.10.2008	01.01.2009	Art. 33	geändert	08-123
24.03.2010	01.11.2010	Art. 8 Abs. 2	geändert	10-75
05.04.2011	01.01.2012	Erlasstitel	geändert	11-95
05.04.2011	01.01.2012	Art. 16 Abs. 1	geändert	11-95
05.04.2011	01.01.2012	Art. 26	Titel geändert	11-95
05.04.2011	01.01.2012	Art. 26 Abs. 1	geändert	11-95
05.04.2011	01.01.2012	Art. 29	geändert	11-95
05.04.2011	01.01.2012	Art. 30	Titel geändert	11-95
05.04.2011	01.01.2012	Art. 30 Abs. 1	geändert	11-95
05.04.2011	01.01.2012	Art. 30 Abs. 4	eingefügt	11-95
05.04.2011	01.01.2012	Titel 1.4	geändert	11-95
05.04.2011	01.01.2012	Art. 31	Titel geändert	11-95
05.04.2011	01.01.2012	Art. 31	geändert	11-95
05.04.2011	01.01.2012	Art. 32	Titel geändert	11-95
05.04.2011	01.01.2012	Art. 32 Abs. 1	geändert	11-95
05.04.2011	01.01.2012	Art. 32 Abs. 2	geändert	11-95
05.04.2011	01.01.2012	Art. 32 Abs. 4	aufgehoben	11-95
05.04.2011	01.01.2012	Art. 32 Abs. 5	aufgehoben	11-95
05.04.2011	01.01.2012	Art. 33	geändert	11-95
05.04.2011	01.01.2012	Art. 33	Titel geändert	11-95
05.04.2011	01.01.2012	Art. 33a	Titel geändert	11-95

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
05.04.2011	01.01.2012	Art. 33a Abs. 2	geändert	11-95
05.04.2011	01.01.2012	Art. 33a Abs. 3	aufgehoben	11-95
05.04.2011	01.01.2012	Art. 34	Titel geändert	11-95
05.04.2011	01.01.2012	Art. 34	geändert	11-95
05.04.2011	01.01.2012	Art. 34a	eingefügt	11-95
05.04.2011	01.01.2012	Art. 35	Titel geändert	11-95
05.04.2011	01.01.2012	Art. 35	geändert	11-95
05.04.2011	01.01.2012	Art. 51	aufgehoben	11-95
05.04.2011	01.01.2012	Art. 54a	geändert	11-95
05.04.2011	01.01.2012	Titel T2	eingefügt	11-95
05.04.2011	01.01.2012	Art. T2-1	eingefügt	11-95
04.09.2012	01.01.2014	Art. 63	geändert	13-12
04.09.2012	01.01.2014	Art. 63 Abs. 3	eingefügt	13-12
23.09.2012	01.01.2013	Art. 3a	geändert	12-83
23.09.2012	01.01.2013	Art. 8 Abs. 2	geändert	12-83

Änderungstabelle - nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Erlass	06.05.1945	01.01.1946	Erstfassung	1945 d 81 | f 93
Erlasstitel	12.09.1995	01.07.1996	geändert	96-26
Erlasstitel	05.04.2011	01.01.2012	geändert	11-95
Ingress	12.09.1995	01.07.1996	geändert	96-26
Art. 1 Abs. 1	12.09.1995	01.07.1996	geändert	96-26
Art. 2 Abs. 1	12.09.1995	01.07.1996	geändert	96-26
Art. 2 Abs. 2	12.09.1995	01.07.1996	geändert	96-26
Art. 2 Abs. 3	12.09.1995	01.07.1996	eingefügt	96-26
Art. 3 Abs. 2	12.09.1995	01.07.1996	geändert	96-26
Art. 3 Abs. 3	12.09.1995	01.07.1996	aufgehoben	96-26
Art. 3a	23.09.2012	01.01.2013	geändert	12-83
Art. 4	05.11.1980	01.05.1981	geändert	1980 d 243 | f 245
Art. 4	12.09.1995	01.07.1996	aufgehoben	96-26
Art. 5	12.09.1995	01.07.1996	aufgehoben	96-26
Art. 6 Abs. 3	10.11.1993	01.01.1994	geändert	1993 d 696 | f 714
Art. 6 Abs. 4	12.09.1995	01.07.1996	eingefügt	96-26
Art. 7 Abs. 1	12.09.1995	01.07.1996	geändert	96-26
Art. 7 Abs. 2	05.11.1980	01.05.1981	geändert	1980 d 243 | f 245
Art. 7 Abs. 3	12.09.1995	01.07.1996	aufgehoben	96-26
Art. 8 Abs. 1	12.09.1995	01.07.1996	geändert	96-26
Art. 8 Abs. 2	12.09.1996	01.07.1996	geändert	96-26
Art. 8 Abs. 2	24.03.2010	01.11.2010	geändert	10-75
Art. 8 Abs. 2	23.09.2012	01.01.2013	geändert	12-83
Art. 8 Abs. 3	23.06.1993	01.01.1994	geändert	1993 d 425 | f 445
Art. 10 Abs. 2	11.12.1985	01.07.1986	geändert	1986 d 40 | f 44
Art. 10 Abs. 2	23.06.1993	01.01.1994	geändert	1993 d 425 | f 445
Art. 11	17.09.1992	15.12.1992	geändert	1992 d 332 | f 316
Art. 11	23.02.2005	01.01.2006	geändert	05-107
Art. 11	23.02.2005	01.01.2006	Titel geändert	05-107
Art. 12	23.06.1993	01.01.1994	geändert	1993 d 425 | f 445
Art. 13	23.06.1993	01.01.1994	geändert	1993 d 425 | f 445
Art. 15	05.11.1980	01.05.1981	geändert	1980 d 243 | f 245
Art. 15	04.12.1983	01.09.1984	geändert	1983 d 323 | f 335
Art. 15	26.11.1989	01.01.1990	geändert	1989 d 449 | f 463
Art. 15	12.09.1995	01.07.1996	geändert	96-26
Art. 16	05.11.1980	01.05.1981	geändert	1980 d 243 | f 245
Art. 16 Abs. 1	05.04.2011	01.01.2012	geändert	11-95
Art. 19 Abs. 1	12.09.1995	01.07.1996	geändert	96-26
Art. 19 Abs. 2	12.09.1995	01.07.1996	geändert	96-26
Art. 19a	12.09.1995	01.07.1996	eingefügt	96-26
Art. 19a Abs. 1	23.02.2005	01.01.2006	geändert	05-107
Art. 19a Abs. 3	23.02.2005	01.01.2006	geändert	05-107

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Art. 19a Abs. 4	23.02.2005	01.01.2006	geändert	05-107
Art. 20 Abs. 1	23.02.2005	01.01.2006	geändert	05-107
Art. 20 Abs. 2	23.02.2005	01.01.2006	aufgehoben	05-107
Art. 20 Abs. 3	05.11.1980	01.05.1981	geändert	1980 d 243 | f 245
Art. 20 Abs. 4	23.02.2005	01.01.2006	eingefügt	05-107
Art. 21	23.02.2005	01.01.2006	Titel geändert	05-107
Art. 21	23.02.2005	01.01.2006	geändert	05-107
Art. 22	28.02.1965	01.04.1965	geändert	1965 d 45 | f 41
Art. 22	23.02.2005	01.01.2006	Titel geändert	05-107
Art. 22	23.02.2005	01.01.2006	geändert	05-107
Art. 23 Abs. 1	07.06.1970	01.01.1971	geändert	1970 d 207 | f 218
Art. 23 Abs. 1	17.09.1992	15.12.1992	geändert	1992 d 332 | f 316
Art. 23 Abs. 1	10.11.1993	01.01.1994	geändert	1993 d 696 | f 714
Art. 23 Abs. 2	05.11.1980	01.05.1981	eingefügt	1980 d 243 | f 245
Art. 24	12.09.1995	01.07.1996	geändert	96-26
Art. 24 Abs. 1, 3.	12.09.1995	01.07.1996	aufgehoben	96-26
Art. 25	12.09.1995	01.07.1996	aufgehoben	96-26
Art. 26	28.02.1965	01.04.1965	geändert	1965 d 45 | f 41
Art. 26	05.04.2011	01.01.2012	Titel geändert	11-95
Art. 26 Abs. 1	23.02.2005	01.01.2006	geändert	05-107
Art. 26 Abs. 1	05.04.2011	01.01.2012	geändert	11-95
Art. 27	11.12.1985	01.07.1986	geändert	1986 d 40 | f 44
Art. 27	12.09.1995	01.07.1996	aufgehoben	96-26
Art. 28	12.09.1995	01.07.1996	aufgehoben	96-26
Art. 29	11.12.1985	01.07.1986	geändert	1986 d 40 | f 44
Art. 29	12.09.1995	01.01.1997	geändert	96-26
Art. 29	16.09.2004	01.07.2005	geändert	05-45
Art. 29	05.04.2011	01.01.2012	geändert	11-95
Art. 30	05.04.2011	01.01.2012	Titel geändert	11-95
Art. 30 Abs. 1	11.12.1985	01.07.1986	geändert	1986 d 40 | f 44
Art. 30 Abs. 1	12.09.1995	01.07.1996	geändert	96-26
Art. 30 Abs. 1	05.04.2011	01.01.2012	geändert	11-95
Art. 30 Abs. 2	12.09.1995	01.07.1996	aufgehoben	96-26
Art. 30 Abs. 2	23.02.2005	01.01.2006	eingefügt	05-107
Art. 30 Abs. 3	12.09.1995	01.07.1996	eingefügt	96-26
Art. 30 Abs. 4	05.04.2011	01.01.2012	eingefügt	11-95
Art. 30a	28.02.1965	01.04.1965	eingefügt	1965 d 45 | f 41
Art. 30a Abs. 1	11.12.1985	01.07.1986	geändert	1986 d 40 | f 44
Titel 1.4	05.04.2011	01.01.2012	geändert	11-95
Art. 31	12.09.1995	01.07.1996	geändert	96-26
Art. 31	05.04.2011	01.01.2012	geändert	11-95
Art. 31	05.04.2011	01.01.2012	Titel geändert	11-95
Art. 32	23.02.2005	01.01.2006	Titel geändert	05-107
Art. 32	05.04.2011	01.01.2012	Titel geändert	11-95
Art. 32 Abs. 1	05.04.2011	01.01.2012	geändert	11-95

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Art. 32 Abs. 2	12.09.1995	01.07.1996	geändert	96-26
Art. 32 Abs. 2	23.02.2005	01.01.2006	aufgehoben	05-107
Art. 32 Abs. 2	05.04.2011	01.01.2012	geändert	11-95
Art. 32 Abs. 3	12.09.1995	01.07.1996	aufgehoben	96-26
Art. 32 Abs. 4	12.09.1995	01.07.1996	eingefügt	96-26
Art. 32 Abs. 4	05.04.2011	01.01.2012	aufgehoben	11-95
Art. 32 Abs. 5	12.09.1995	01.07.1996	eingefügt	96-26
Art. 32 Abs. 5	05.04.2011	01.01.2012	aufgehoben	11-95
Art. 33	23.06.1993	01.01.1994	geändert	1993 d 425 | f 445
Art. 33	10.04.2008	01.01.2009	geändert	08-109
Art. 33	29.10.2008	01.01.2009	geändert	08-123
Art. 33	05.04.2011	01.01.2012	geändert	11-95
Art. 33	05.04.2011	01.01.2012	Titel geändert	11-95
Art. 33a	09.12.1985	01.07.1986	eingefügt	1986 d 38 | f 42
Art. 33a	05.04.2011	01.01.2012	Titel geändert	11-95
Art. 33a Abs. 2	05.04.2011	01.01.2012	geändert	11-95
Art. 33a Abs. 3	05.04.2011	01.01.2012	aufgehoben	11-95
Art. 34	23.06.1993	01.01.1994	geändert	1993 d 425 | f 445
Art. 34	05.04.2011	01.01.2012	geändert	11-95
Art. 34	05.04.2011	01.01.2012	Titel geändert	11-95
Art. 34a	05.04.2011	01.01.2012	eingefügt	11-95
Art. 35	05.04.2011	01.01.2012	geändert	11-95
Art. 35	05.04.2011	01.01.2012	Titel geändert	11-95
Art. 36	04.05.1976	01.10.1976	geändert	1976 d 95 | f 90
Art. 36	12.09.1995	01.07.1996	aufgehoben	96-26
Art. 37	12.09.1995	01.07.1996	aufgehoben	96-26
Art. 38	12.09.1995	01.07.1996	aufgehoben	96-26
Art. 39	12.09.1995	01.07.1996	aufgehoben	96-26
Art. 40	12.09.1995	01.07.1996	aufgehoben	96-26
Art. 41	12.09.1995	01.07.1996	aufgehoben	96-26
Art. 42	23.06.1993	01.01.1994	geändert	1993 d 425 | f 445
Art. 42	12.09.1995	01.07.1996	aufgehoben	96-26
Art. 43	12.09.1995	01.07.1996	aufgehoben	96-26
Art. 44	12.09.1995	01.07.1996	aufgehoben	96-26
Art. 45	12.09.1995	01.07.1996	aufgehoben	96-26
Art. 46	12.09.1995	01.07.1996	aufgehoben	96-26
Art. 47	12.09.1995	01.07.1996	aufgehoben	96-26
Art. 48	12.09.1995	01.07.1996	aufgehoben	96-26
Art. 49	12.09.1995	01.07.1996	aufgehoben	96-26
Art. 50	23.06.1993	01.01.1994	geändert	1993 d 425 | f 445
Art. 50	12.09.1995	01.07.1996	aufgehoben	96-26
Art. 51	12.09.1995	01.07.1996	geändert	96-26
Art. 51	05.04.2011	01.01.2012	aufgehoben	11-95
Art. 52	07.06.1970	01.01.1971	geändert	1970 d 207 | f 218
Art. 52	17.09.1992	15.12.1992	geändert	1992 d 332 | f 316

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Art. 52	23.06.1993	01.01.1994	geändert	1993 d 425 | f 445
Art. 52	12.09.1995	01.07.1996	aufgehoben	96-26
Art. 53	23.06.1993	01.01.1994	geändert	1993 d 425 | f 445
Art. 53	12.09.1995	01.07.1996	geändert	96-26
Art. 53	10.04.2008	01.01.2009	geändert	08-109
Art. 53	10.04.2008	01.01.2009	Titel geändert	08-109
Titel 1.5	12.09.1995	01.07.1996	geändert	96-26
Art. 54	11.12.1985	01.07.1986	geändert	1986 d 40 | f 44
Art. 54	12.09.1995	01.01.1997	geändert	96-26
Art. 54	12.09.1995	01.01.1997	Titel geändert	96-26
Art. 54a	12.09.1995	01.07.1996	eingefügt	96-26
Art. 54a	19.04.2004	01.01.2005	geändert	04-72
Art. 54a	05.04.2011	01.01.2012	geändert	11-95
Art. 55	17.09.1992	15.12.1992	geändert	1992 d 332 | f 316
Art. 56	29.09.1968	01.01.1969	geändert	1968 d 204 | f 195
Art. 56	04.05.1976	01.10.1976	geändert	1976 d 95 | f 90
Art. 56	12.09.1995	01.07.1996	geändert	96-26
Art. 56	23.02.2005	01.01.2006	aufgehoben	05-107
Art. 57	12.09.1995	01.07.1996	geändert	96-26
Art. 58	29.09.1968	01.01.1969	geändert	1968 d 204 | f 195
Art. 58	04.05.1976	01.10.1976	geändert	1976 d 95 | f 90
Art. 58	12.09.1995	01.07.1996	geändert	96-26
Art. 58 Abs. 1	28.03.2006	01.01.2010	geändert	08-134 | 09-90
Art. 59	12.09.1995	01.07.1996	Titel geändert	96-26
Art. 59 Abs. 1	12.09.1995	01.07.1996	geändert	96-26
Art. 59 Abs. 2	12.09.1995	01.07.1996	geändert	96-26
Art. 59 Abs. 3	12.09.1995	01.07.1996	eingefügt	96-26
Art. 59a	12.09.1995	01.07.1996	eingefügt	96-26
Art. 61 Abs. 1	11.12.1985	01.07.1986	geändert	1986 d 40 | f 44
Art. 61 Abs. 3	05.11.1980	01.05.1981	eingefügt	1980 d 243 | f 245
Art. 62 Abs. 2	05.11.1980	01.05.1981	eingefügt	1980 d 243 | f 245
Art. 62 Abs. 3	12.09.1995	01.07.1996	eingefügt	96-26
Art. 62 Abs. 5	12.09.1995	01.07.1996	eingefügt	96-26
Art. 63	11.12.1985	01.07.1986	geändert	1986 d 40 | f 44
Art. 63	04.09.2012	01.01.2014	geändert	13-12
Art. 63 Abs. 2	12.09.1995	01.07.1996	geändert	96-26
Art. 63 Abs. 3	12.09.1995	01.07.1996	aufgehoben	96-26
Art. 63 Abs. 3	04.09.2012	01.01.2014	eingefügt	13-12
Art. 64	11.12.1985	01.07.1986	geändert	1986 d 40 | f 44
Art. 64 Abs. 2	10.04.2008	01.01.2009	geändert	08-109
Art. 65	04.05.1976	01.10.1976	geändert	1976 d 95 | f 90
Art. 65 Abs. 1	05.11.1980	01.05.1981	geändert	1980 d 243 | f 245
Art. 65 Abs. 2	05.11.1980	01.05.1981	geändert	1980 d 243 | f 245
Art. 70	05.11.1980	01.05.1981	geändert	1980 d 243 | f 245
Art. 71	05.11.1980	01.05.1981	geändert	1980 d 243 | f 245

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Art. 71	12.09.1995	01.07.1996	geändert	96-26
Art. 71a	05.11.1980	01.05.1981	eingefügt	1980 d 243 | f 245
Art. 72	05.11.1980	01.05.1981	geändert	1980 d 243 | f 245
Art. 72a	05.11.1980	01.05.1981	eingefügt	1980 d 243 | f 245
Art. 73	12.09.1995	01.07.1996	geändert	96-26
Art. 75 Abs. 2	12.09.1995	01.07.1996	aufgehoben	96-26
Art. 75 Abs. 3	12.09.1995	01.07.1996	geändert	96-26
Art. 77 Abs. 2	11.12.1985	01.07.1986	aufgehoben	1986 d 40 | f 44
Art. 78	11.12.1985	01.07.1986	geändert	1986 d 40 | f 44
Art. 78a	05.11.1980	01.05.1981	eingefügt	1980 d 243 | f 245
Art. 79a	09.12.1985	01.07.1986	eingefügt	1986 d 38 | f 42
Titel T1	12.09.1995	01.07.1996	eingefügt	96-26
Art. T1-1	12.09.1995	01.07.1996	eingefügt	96-26
Titel T2	05.04.2011	01.01.2012	eingefügt	11-95
Art. T2-1	05.04.2011	01.01.2012	eingefügt	11-95